

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

- 1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/6000 –**

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2005

- 2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Arnold Vaatz, Ulrich Adam, Peter Albach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Stephan Hilsberg, Andrea Wicklein, Ernst Bahr (Neuruppin), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/650 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– 15/6000 –**

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2005

- 3. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Joachim Günther (Plauen), Cornelia Pieper, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/693 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– 15/6000 –**

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2005

- 4. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Roland Claus, Dr. Dietmar Bartsch und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/692 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– 15/6000 –**

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2005

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung hat auf der Grundlage von Beschlüssen des Deutschen Bundestages einen Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2005 vorgelegt. Dieser beinhaltet eine knappe Bilanz der bisherigen Aufbauleistung und der zentralen Weichenstellungen. Weiterhin stehen die aktuelle Politik sowie die zukünftigen Herausforderungen und Perspektiven im Mittelpunkt. Zudem wird ein Überblick über die wichtigsten Maßnahmen, Programme und Themenfelder des Aufbaus Ost gegeben.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller haben zu dem Jahresbericht unter Nummer 1 einen Entschließungsantrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, ihre speziell auf die Problemlagen Ostdeutschlands ausgerichtete Förderpolitik mit den Schwerpunkten Investitionsförderung, Innovationsförderung und Ausbau der Infrastruktur fortsetzen und Forderungen umzusetzen, die der Antrag in einem 21 Punkte umfassenden Katalog beschreibt.

Zu Nummer 3

Die Antragsteller haben zu dem unter Nummer 1 genannten Jahresbericht einen Entschließungsantrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden soll, ein Gesamtkonzept für den Aufbau Ost zu entwickeln, größere Modellregionen für Deregulierung und Bürokratieabbau zuzulassen, eine Förderstrategie zu entwickeln, durch die vor allem Wachstumscluster etabliert und gestärkt werden sollen sowie verschiedene Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung zu ergreifen.

Zu Nummer 4

Die Antragsteller haben zu dem unter Nummer 1 genannten Jahresbericht einen Entschließungsantrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden soll, einen Neuansatz in den Bereichen Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Ostdeutschland, Zukunft durch Innovation und Bildung sowie Nutzung ostdeutscher Potentiale zu verwirklichen. Weiterhin beinhaltet der Antrag, dass sich der Deutsche Bundestag darauf verständigen soll, einen speziellen Ausschuss für die Angelegenheiten der neuen Länder und für andere strukturschwache Regionen einzusetzen.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Zu Nummer 2

Annahme des Entschließungsantrags auf Drucksache 16/650 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 3

Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 16/693 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

Zu Nummer 4

Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 16/692 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Zu Nummer 1

Keine

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags.

Zu Nummer 3

Annahme des Antrags.

Zu Nummer 4

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 15/6000 –

1. den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/650 anzunehmen;
2. den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/693 abzulehnen und
3. den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/692 abzulehnen.

Berlin, den 31. März 2006

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Volkmar Uwe Vogel
Berichterstatter

Petra Weis
Berichterstatterin

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Peter Hettlich
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Volkmar Uwe Vogel, Petra Weis, Dr. Ilja Seifert und Peter Hettlich

I. Überweisung

Zu den Nummern 1 bis 4

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung auf **Drucksache 15/6000** sowie die Entschließungsanträge auf den **Drucksachen 16/650, 16/693 und 16/692** in seiner 19. Sitzung am 16. Februar 2006 beraten und jeweils an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Sportausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Der Jahresbericht beinhaltet eine knappe Bilanz der bisherigen Aufbauleistung und der zentralen Weichenstellungen. Weiterhin stehen die aktuelle Politik sowie die zukünftigen Herausforderungen und Perspektiven im Mittelpunkt. Zudem wird ein Überblick über die wichtigsten Maßnahmen, Programme und Themenfelder des Aufbaus Ost gegeben.

Zu Nummer 2

Mit dem Entschließungsantrag auf Drucksache 16/650 soll die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden, ihre speziell auf die Problemlagen Ostdeutschlands ausgerichtete Förderpolitik mit den Schwerpunkten: Investitionsförderung, Innovationsförderung und Ausbau der Infrastruktur fortzusetzen und Forderungen umzusetzen, die der Antrag in einem 21 Punkte umfassenden Katalog beschreibt. Hervorgehoben wird in dem Antrag, dass die Schwerpunkte der zukünftigen Entwicklung in Ostdeutschland vor allem in dem Bereich der wissensbasierten Berufe liegen müssten. Darüber hinaus beinhaltet der Antrag die Forderung nach einer Verlängerung der Investitionszulage in der bisherigen Höhe. In dem Antrag wird weiterhin auch die Bedeutung der Schaffung einer modernen und wettbewerbsfähigen Infrastruktur betont.

Zu Nummer 3

Mit dem Entschließungsantrag auf Drucksache 16/693 soll die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden, ein Gesamtkonzept für den Aufbau Ost zu entwickeln, größere Modellregionen für Deregulierung und Bürokratieabbau zuzulassen, eine Förderstrategie zu entwickeln, durch die vor allem Wachstumscluster etabliert und gestärkt werden sowie verschiedene Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung zu ergreifen. Ein Schwerpunkt des Antrags liegt in den Bereichen Bildung

und Forschung; unter anderem sollen Wissenschafts- und Forschungsinfrastrukturen für die ansässigen regionalen Unternehmen besser nutzbar gemacht werden. Weiterhin wird gefordert, die Entwicklung in den strukturschwachen Gebieten innerhalb der neuen Länder nicht zu vernachlässigen.

Zu Nummer 4

Mit dem Entschließungsantrag auf Drucksache 16/692 soll die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden, einen Neuansatz in den Bereichen Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage, Zukunft durch Innovation und Bildung sowie Nutzung ostdeutscher Potenziale zu verwirklichen. In dem Antrag werden unter anderem die gezielte Einsetzung der Fördermittel zur Förderung von wissensbasierter Produktion, eine Industrie- und Strukturpolitik, die Zukunftsbranchen und Zukunftsunternehmen die Möglichkeit gibt, sich stärker zu profilieren, und die Zuspitzung der Fördermöglichkeiten auf Forschung und Entwicklung gefordert. Weiterhin beinhaltet der Antrag, dass sich der Deutsche Bundestag darauf verständigen soll, einen speziellen Ausschuss für die Angelegenheiten der neuen Länder und für andere strukturschwache Regionen einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Sportausschuss** hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/6000 in seiner 10. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Rechtsausschuss** hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/6000 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Finanzausschuss** hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/6000 in seiner Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/6000 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/6000 in seiner 12. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/6000 in seiner 9. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/6000 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/6000 in seiner 12. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/6000 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/6000 in seiner Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/6000 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme unter Berücksichtigung der Ausführungen in seiner Ausschussdrucksache 16(22)014:

Der Ausschuss für Kultur und Medien stellt fest,

- dass die Bundesregierung im Rahmen des Programms „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland“ erhebliche Mittel jährlich zur Verfügung stellt;
- dass der Bund eine Vielzahl so genannter „kultureller Leuchttürme“ unterstützt, unter anderem die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Stiftung Weimarer Klassik und Kunstsammlungen sowie die Stiftung Bauhaus.

Der Ausschuss für Kultur und Medien begrüßt,

- dass der Bund für den Erhalt und die Modernisierung so genannter „gesamtstaatlich bedeutsamer“ Kultureinrichtungen in den neuen Ländern erhebliche Mittel aufwendet.

Der Ausschuss für Kultur und Medien fordert,

- dass der Bund dieses zentrale kulturpolitische Ziel, „die Kultureinrichtungen in den neuen Ländern dabei zu unterstützen, national und international wieder einen hervorragenden Rang“ (siehe Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2005, Unterrichtung durch die Bundesregierung Drs. 15/6000, S. 71) zu erlangen, weiter verfolgt und die Unterstützung für Kultureinrichtungen in den neuen Ländern fortsetzt.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/6000 in seiner 11. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Zu Nummer 2

Der **Sportausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/650 in seiner 10. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Der **Rechtsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/650 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Finanzausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/650 in seiner 10. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/650 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/650 in seiner 12. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/650 in seiner 9. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/650 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/650 in seiner 12. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/650 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/650 in seiner 7. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/650 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/650 in seiner 10. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Zu Nummer 3

Der **Sportausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/693 in seiner 10. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/693 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/693 in seiner 11. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/693 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/693 in seiner 12. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/693 in seiner 9. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/693 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/693 in seiner 12. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/693 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/693 in seiner 7. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/693 in seiner 10. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/693 in seiner 11. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Zu Nummer 4

Der **Sportausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/692 in seiner 10. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/692 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/692 in seiner 11. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/692 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/692 in seiner 12. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/692 in seiner 10. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/692 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/692 in seiner 12. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/692 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/692 in seiner 7. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/692 in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/692 in seiner 11. Sitzung am 15. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Unterrichtung auf **Drucksache 15/6000**, den Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/650**, den Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/693** und den Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/692** in seiner 10. Sitzung am 15. März 2006 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** vertrat die Auffassung, man soll das, was in den letzten 15 Jahren geleistet worden sei, würdigen, solle aber nicht vergessen, was noch zu leisten sei. Es sei zu bedenken, dass Probleme mit der Deutschen Einheit auch durch die Probleme überlagert würden, die man durch den globalen Wettbewerb und die weltweite Öffnung der Märkte habe. Dies wirke sich ganz besonders in den neuen Ländern aus. Daher müsse man vor allem dafür sorgen,

dass Wachstum in allen wirtschaftlichen Bereichen entstehe. Wesentlich seien aber in den nächsten Jahren auch die Förderung der Entwicklung von Bildung, Forschung und Wissenschaft sowie eine Familienpolitik, die den demographischen Entwicklungen entgegenwirke. Dies seien die Aufgaben, denen man sich stellen müsse, statt sich rückwärts gewandt damit zu beschäftigen, warum sich einzelne Bereiche in der Vergangenheit nicht so entwickelt hätten, wie man sich dies gewünscht hätte. Sie bemerkte, der Antrag der Fraktion der FDP enthalte fast ausschließlich Punkte, welche auch in dem umfangreichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD enthalten seien. Es sei zu bemängeln, dass er aber gerade in Bezug auf ein Gesamtkonzept für Ostdeutschland sehr allgemein gehalten sei. Aus ihrer Sicht komme es diesbezüglich darauf an, gezielt aufgrund der spezifischen Probleme einzelner Regionen zu handeln und dort auch zielgerichtet Konzepte zu entwickeln. Wegen der Überschneidungen mit dem Koalitionsantrag empfehle sie der Fraktion der FDP, ihren Entschließungsantrag für erledigt zu erklären.

Die **Fraktion der SPD** erinnerte daran, dass fast auf den Tag genau vor 16 Jahren in der DDR die erste freie Wahl zur Volkskammer stattgefunden habe. Man habe einen schwierigen Weg zurückgelegt und müsse diesen Prozess der Überwindung der Folgen der deutschen Teilung noch 10 bis 20 Jahre fortführen. Der Solidarpakt II müsse uneingeschränkt umgesetzt werden. Defizite in den neuen Ländern müsse man auch durch Infrastrukturmaßnahmen auszugleichen versuchen. Dabei seien alle gefordert. Man müsse den Aufbauprozess fortführen, und in diesem Sinne hätten die Koalitionsfraktionen auch ihren Entschließungsantrag eingebracht. Die Einschätzungen in dem Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. seien zum Teil überholt. Dies gelte insbesondere für die Behauptung der Nichtnutzung der Potentiale Ostdeutschlands. Es habe eine große Solidarleistung gegeben und an dieser Solidarleistung seien auch die Ostdeutschen durch eigene Leistungen beteiligt gewesen. Die Fraktion DIE LINKE. fordere einerseits, ein Modell für eine moderne Verwaltung in den neuen Ländern zu entwickeln, die PDS blockiere solche Reformen aber in Mecklenburg-Vorpommern. Natürlich müsse es jetzt darauf ankommen, die Infrastruktur weiter zu entwickeln. Die Fraktion DIE LINKE. stelle dies aber gerade mit ihrer Haltung zum Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz in Frage. Die Forderung nach der Einsetzung eines eigenständigen Ausschusses für die Angelegenheiten der neuen Länder werde von ihr abgelehnt, da der Aufbau Ost eine Querschnittsaufgabe aller Facharbeitsgruppen und Fachausschüsse sein solle und es auch tatsächlich sei. Zudem sehe sie die Gefahr, dass ein eigener Ausschuss für die Thematik die gesamtdeutsche Dimension, die alle anstreben, beeinträchtigen würde.

Die **Fraktion der FDP** vertrat die Auffassung, niemand könne einen Königsweg für die Weiterentwicklung der Einheit beschreiben. Den Bericht zum Stand der Deutschen Einheit solle man in Zukunft so gestalten, dass er ganz Deutschland integriere und dort nicht nur ein Teil Deutschlands betrachtet werde. In dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen würden zwar mehr Themen aufgegriffen, als in ihrem eigenen Entschließungsantrag. Es seien darin aber auch Punkte enthalten, die nicht ganz in die Richtung gingen, die sie sich vorstelle. Man wisse, dass bei der Investitionsförderung in einigen Fällen eine steuerliche Abschreibung

nichts mehr nütze, sondern nur ein Direktzuschuss. Daher vertrete man in diesem Punkt eine etwas andere Meinung als die Koalitionsfraktionen. Auch zum Thema Kombilohn habe man eine andere Meinung. Man wisse auch noch nicht konkret, was sich hinter den Vorschlägen der Koalitionsfraktionen verberge, weswegen man sich der Stimme enthalten wolle. Was den Antrag der Fraktion DIE LINKE. betreffe, sei man dafür, die Themen des Ostens aufzugreifen, aber man sei dagegen, dies im Rahmen eines eigenen Ausschusses zu tun, weil sonst die Gefahr bestehe, dass sich alle anderen Beteiligten aus der Verantwortung entlassen sähen. Die Gestaltung der Einheit sei aber eine Aufgabe aller. Nur wenn dieses Thema in allen Ausschüssen berücksichtigt werde, gebe es eine Chance auf Fortschritte.

Die **Fraktion DIE LINKE.** verwies auf ihren Antrag auf Drucksache 16/130, mit dem sie die Einsetzung eines speziellen Ausschusses für die Themen der neuen Länder beantragt habe. Statt sich gegenseitig Fehler der Vergangenheit vorzuhalten, sei es besser, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, damit aus dem Osten Impulse auch in den Westen hinüberreichten und Menschen, die schon immer im Westen gelebt hätten, merkten, dass auch ihnen die Einheit etwas gebracht habe. Es komme auch darauf an, dass sich die Bürgerinnen und Bürger emotional in dem System wiederfinden und auch ihren eigenen Platz finden könnten. Wichtig sei die Frage, wie ernst die Menschen aus Ostdeutschland und ihre Qualifikationen genommen würden. Sie erinnere daran, dass die gesamte Elite an den Hochschulen der neuen Länder ausgetauscht worden sei. Dies könne man nicht als ein Mitnehmen in die Deutsche Einheit ansehen, sondern dies sei auf eine Siegermentalität zurückzuführen. Zu der Frage der Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern habe sich am vergangenen Wochenende ein Parteitag für ein in Deutschland einmaliges Verwaltungsmodernisierungsgesetz ausgesprochen. Bei den Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen müsse man prüfen, ob ursprünglich gefasste Beschlüsse noch mit der aktuellen Entwicklung in Einklang stünden. Sie mahnte Änderungen in Bezug auf die Altschuldenhilferegelung und die Befristung der Grunderwerbsteuerbefreiung bei Fusionen von Wohnungsunternehmen an. Zur Stärkung der Städte solle man weitere Mittel einsetzen, um die Umlandflucht revidieren zu können.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, der Antrag der Koalitionsfraktionen gehe insofern in die richtige Richtung, als man die nachhaltige Entwicklung in der Wirt-

schaft nur dadurch fördern könne, dass man zukunftsträchtige Produktionswege aufbaue. Dies könne man nur erreichen, wenn man in den Bereichen Bildung, Hochschulen und Forschung ansetze. In den Entschließungsanträgen der anderen Fraktionen sei auch vieles Richtige enthalten. Wesentlich sei, festzustellen, dass es keine Patentrezepte für die weitere Entwicklung in Ostdeutschland gebe. Man habe vieles noch nicht geschafft, habe nach wie vor eine hohe Arbeitslosigkeit und ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von nur 75 Prozent des westdeutschen Niveaus. Die Frage, wie eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland erreicht werden könne, ziehe sich daher wie ein roter Faden durch alle Anträge. Vor allem auf Bildung, Forschung und Entwicklung müsse man den Schwerpunkt legen. Die Schattenseiten des demographischen Wandels seien nicht nur die hohe Alterung der Bevölkerung und die niedrigen Geburtenzahlen, sondern auch die Binnenmigration von Ost nach West. Daher müsse man den Menschen eine Perspektive bieten und müsse dazu auch die Rahmenbedingungen für Existenzgründung und Mittelstandsfinanzierung verbessern. In Bezug auf eine grundlegende Infrastrukturausstattung in Ostdeutschland müsse man sich in Anbetracht des demographischen Wandels fragen, welche Regionen dramatische Bevölkerungsverluste erleiden würden und wo man dementsprechend in Zukunft in die Infrastruktur investieren wolle. Infrastrukturausbau nütze nichts, wenn in einer Region kaum noch Menschen lebten.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Unterrichtung auf **Drucksache 15/6000** zur Kenntnis genommen.

Er hat den Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/650** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Den Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/693** hat er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

Den Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/692** hat er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Berlin, den 3. April 2006

Volkmar Uwe Vogel
Berichterstatter

Petra Weis
Berichterstatterin

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Peter Hettlich
Berichterstatter

